



ich wähle atom(waffen)frei

Mal richtig abschalten. Unter diesem Motto stand die größte Anti-Atom-Demonstration seit dem Tschernobyljahr 1986 mit über 50.000 Menschen in Berlin. Auch IPPNW-Ärzte setzten kurz vor der Bundestagswahl in einem „weißen“ Block ein deutlich sichtbares Zeichen. Sie verteilten Luftballons und das Falblatt „Glaubst du das wirklich“, mit dem wir gemeinsam mit Eurosolar und DNR

in einer Auflage von 2 Millionen Exemplaren bundesweit für den Atomausstieg und für Erneuerbare Energien warben. Gestärkt ging die Anti-Atombewegung in die Auseinandersetzung mit den Koalitionären der schwarz-gelben Regierung. Mit ganzseitigen Anzeigen in drei Tageszeitungen und Protestaktionen vor der nord-rhein-westfälischen Landesvertretung übten die IPPNW, BUND, ausgestrahlt und compact Druck auf Merkel, Westerwelle und Seehofer

aus, die Laufzeiten für Atomkraftwerke nicht zu verlängern. Aus Sicht der IPPNW positiv zu bewerten ist die Ankündigung der schwarz-gelben Regierung, sich für den Abzug der verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Damit hat die bundesweite Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ ein wichtiges Etappenziel erreicht. Während des Wahlkampfes hatten IPPNW-Mitglieder Druck auf Abgeordnete ausgeübt, sich zum Thema Abrüstung zu positionieren.



Faltblatt:
"Glaubst Du das wirklich?"

Es war eine der erfolgreichsten IPPNW-Kampagnen der vergangenen Jahre: Das von der IPPNW, von EUROSOLAR und vom DNR herausgegebene **Faltblatt „Glaubst du das wirklich?“** wurde so stark nachgefragt, dass bis zum Jahresende zwei Millionen Exemplare gedruckt werden konnten. Damit haben wir rund 5 Prozent aller Haushalte erreicht und ganz erheblich zur Meinungsbildung in der Bevölkerung wie auch bei Entscheidungsträgern beigetragen.

Mit dem von Henrik Paulitz konzipierten Faltblatt werden drei wesentliche IPPNW-Botschaften verbreitet: 1. Atomkraftwerke machen nur Probleme, sind überflüssig und müssen abgeschaltet werden. 2. Alles spricht für einen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien „in Bürgerhand“. 3. Heimische, dezentrale, erneuerbare Energien sind eine ganz wesentliche kriegspräventive Maßnahme. Aufgrund der anhaltenden Nachfrage wird die Kampagne auch 2010 fortgeführt.



Umzingelung des
Deutschen Atomforums

Februar Im Februar beteiligten sich mehr als 1.500 Atomkraftgegner an einer Menschenkette rund um das Berliner Maritim-Hotel, wo das Deutsche Atomforum tagte. An der **Umzingelung** nahmen auch IPPNW-ÄrztInnen in weißen Kitteln teil.



Strahlenschutz
Referenz-Embryo
statt Referenz Man

April Einen weiteren Höhepunkt stellte die **ganzseitige IPPNW-Anzeige „Atomkraft abwählen“** zum **23. Jahrestag von Tschernobyl in der „Süddeutschen Zeitung“** vom 25./26. April dar. 2.500 Ärzte und Förderer der IPPNW protestierten damit gegen Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken: „Das einzig Sichere an der Atomkraft ist der Profit. Das einzig Intakte an der Atomkraft ist ihre Lobby. Das einzig Richtige gegen die Atomkraft ist Ihre Stimme bei der Bundestagswahl am 27. September: Atompolitiker abwählen!“ Mit dieser von IPPNW-Arzt Jürgen Hölzinger federführend organisierten Anzeige erreichte die IPPNW rund 660.000 Leser.

Juli Das IPPNW-Faltblatt zum Thema **Kinderkrebs um Atomkraftwerke** wurde in einer 2. aktualisierten Neuauflage herausgegeben. Im Sommer 2009 reichte die IPPNW beim Deutschen Bundestag eine **Petition zur Verbesserung des Strahlenschutzes** ein, die bislang von mehr als 3000 Bürgern unterstützt worden ist. In der Petition fordert die IPPNW, den Strahlenschutz in der Nähe von Atomkraftwerken zu verbessern, indem der bisher im Strahlenschutz übliche „Reference Man“ durch einen strahlensensibleren „Reference Embryo“ ersetzt wird.



Koalitionsprotest
Am Atomausstieg
nicht rütteln

September Während der Koalitionsverhandlungen beteiligte sich die IPPNW mit BUND, campact und ausgestrahlt an der **Anzeigen- und Protestaktion „Am Atomausstieg nicht rütteln“**. 100.000 Unterzeichner forderten Merkel, Westerwelle und Seehofer auf, die sieben ältesten und besonders unsicheren Atomkraftwerke und Krümmel sofort vom Netz zu nehmen und die Laufzeiten der anderen Atomkraftwerke im Koalitionsvertrag zu begrenzen.



Unser Rezept für den Frieden

Anti-Atom-Demo in Berlin

Rund 50.000 Menschen folgten am 5. September 2009 dem Aufruf der Anti-Atom-Bewegung, in Berlin machtvoll gegen die weitere Nutzung der Atomenergie zu demonstrieren. Mit dabei waren auch mehr als 350 Traktoren aus dem Wendland. Die IPPNW war Mitveranstalter der größten Anti-Atom-Demonstration seit 1986.

Der Atommüllskandal Asse, der gefährliche Störfall im Atomkraftwerk Krümmel und die bevorstehende Bundestagswahl motivierte zehntausende Menschen, gegen die von Teilen der Politik angekündigten Laufzeitverlängerungen für die deutschen Atomkraftwerke zu demonstrieren. Die IPPNW war gleich am Startpunkt der Demonstration mit zahlreichen Ärztinnen und Ärzten präsent. Am IPPNW-Stand wurden die Luftballons den Aktiven förmlich aus den Händen gerissen. Sie prägten das Bild auf dem Bahnhofsvorplatz und waren den ganzen Tag auf der Demonstration zu sehen. Am IPPNW-Stand wurden auch Unterschriften für die Strahlenschutz-Petition gesammelt. Das populäre IPPNW-Faltblatt „Glaubst du das wirklich?“, in dem

für den Atomausstieg und 100% erneuerbare Energie geworben wird, wurde in großer Stückzahl verteilt. Es war vielen Demonstranten schon bekannt.

Mit dem Transparent „Unser Rezept für den Frieden“ warb die IPPNW auf der Demonstration für heimische erneuerbare Energien als kriegspräventive Maßnahme. Dabei war auch das Transparent „Atomkraftwerke gefährden unsere Gesundheit“. Die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen machte in ihrer Rede auf den Zusammenhang zwischen „zivilen“ und militärischer Atomenergienutzung aufmerksam.

Die Anti-Atom-Demonstration in Berlin war nicht zuletzt auch ein Schulterchluss zwischen der Anti-Atom-Bewegung, der Erneuerbare-Energien-Bewegung, den um sozialverträgliche Arbeitsplätze streitenden Gewerkschaften und einer für die Bewah-

rung der Schöpfung eintretenden Kirche. Es war eine Machtdemonstration, die der später gebildeten schwarz-gelben Bundesregierung deutlich vor Augen führte, dass der gesellschaftliche Konflikt durch Laufzeitverlängerungen erneut angeheizt werden würde. Das zaghafte Vorgehen

der neuen Bundesregierung nach dieser Demonstration und im Vorfeld der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zeigt, wie sehr sich die Politik des Widerstandspotenzials in der Gesellschaft, aber auch unter den eigenen Wählern und Anhängern, bewusst ist. Die Bundesregie-

rung weiß, dass sie mit den beabsichtigten Laufzeitverlängerungen gegen den Willen des Volkes regiert.

Der Atommüllskandal Asse, der gefährliche Störfall im Atomkraftwerk Krümmel und die bevorstehende Bundestagswahl motivierte zehntausende Menschen, gegen die von Teilen der Politik angekündigten Laufzeitverlängerungen zu demonstrieren.

Der Widerstand gegen die Atomenergie hat in seiner gesellschaftlichen Breite eine völlig neue Qualität erreicht. Politisch ist die Atomenergie tot.



Krieg in Gaza
Wir fordern eine andere
Nahost-Politik

Januar Das Jahr begann mit dem **Krieg in Gaza**. Während des Konflikts in Gaza setzte die israelische Armee Bomben mit Weißem Phosphor ein und machte sich damit eines Kriegsverbrechens schuldig. Die IPPNW sprach sich für ein Verbot dieser inhumanen Waffen aus und dokumentierte deren medizinische Folgen. Als die Waffen endlich schwiegen, forderte die IPPNW von Bundeskanzlerin Angela Merkel eine andere deutsche Nahostpolitik, die sich am Völkerrecht orientiere und sich ernsthaft um einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Völkern bemühe. Im Sommer entstand mit Beteiligung der IPPNW der „Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden“, der die völkerrechtswidrige Blockade des Gaza-Streifens öffentlich thematisiert.



Friedensfilmpreis 2009
für „The Messenger“

Februar Der US-amerikanische Spielfilm „The Messenger“ erhielt den **Friedensfilmpreis 2009**. Der Soldat Will wird nach seiner Rückkehr aus dem Irak zum „Messenger“, der die Todesnachrichten überbringt: soldatisch, korrekt, präzise und distanziert. „Dass Krieg deformiert und Menschen hilflos und auf immer verletzt zurücklässt - dies erzählt der Film von Oren Moverman mit großer subversiver und erzählerischer Kraft: ein Anti-Kriegs-Film zur rechten Zeit“, erklärte die Jury dazu.

März Im März bereiste eine IPPNW-Delegation die **Türkei und die Kurdengebiete**. Die ÄrztInnen erneuerten die Kontakte zu zahlreichen politischen GesprächspartnerInnen, wie Bürgermeistern, medizinischen KollegInnen und Kontakte zum Menschenrechtsverein und der Anwaltskammer.



Delegationsreise in die Türkei
und die Kurdengebiete

April 2009 feierte die NATO ihr 60-jähriges Bestehen mit einem großen Gipfel in Straßburg. Die IPPNW thematisierte das Wirken des Militärbündnisses auf der Mitgliederversammlung und im IPPNW-Forum. Sie beteiligte sich an dem deutschen und internationalen Netzwerk „No to Nato“, das den Gegengipfel mit einem Kongress und einer Großdemo begleitete.

September Die IPPNW forderte einen **Strategiewechsel der deutschen Afghanistanpolitik** mit einem konkreten militärischen Abzugsplan aller Truppen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) lehnen wir ab, sie dient der jeweiligen militärischen Operation und hat mit humanitärem Aufbau oder Entwicklungshilfe nichts zu tun. Diese Sicht bestätigte auch ein IPPNW-Symposium an der Medizinischen Hochschule Hannover.



Kongress und Großdemo
zu 60 Jahre NATO

Hauptaugenmerk der IPPNW lag auf den psychischen Folgen des Krieges in Afghanistan für Bevölkerung und Soldaten. Bei deutschen Soldaten ist die **posttraumatische Belastungsstörung** als Folge von Beteiligung an Kriegseinsätzen sprunghaft gestiegen. Mit einem Offenen Brief wendeten sich mehr als 250 Psychotherapeuten, Psychologen und Ärzte gegen das Ansinnen des Verteidigungsministeriums, therapeutische Dienstleistungen ohne ein Hinterfragen des Krieges für heimkehrende Soldaten zu stellen.



Vor der eigenen Türe kehren

Die Kampagne „unsere zukunft - atomwaffenfrei“

Das Motto der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ für das Wahljahr 2009 lautete „Vor der eigenen Türe kehren“. Getragen von 50 Organisationen bundesweit – zu denen auch die IPPNW zählt – erhielt die Kampagne Anfang des Jahres prominente Unterstützung. Vier ehemalige deutsche Staatsmänner – Egon Bahr, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker – forderten in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland.

Im Februar nahm eine Gruppe von IPPNW-Studierenden an einem Planspiel im Bundestag teil. Sie bereiteten sich drei Tage intensiv vor, absolvierten Trainings, hörten Vorträge von ReferentInnen, probten Rollenspiele und Gespräche mit Abgeordneten und dem Auswärtigen Amt. Anschließend simulierten die Studierenden eine Debatte über den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland.

Ende April begann die Aktionsphase „ich wähle atomwaffenfrei“ mit einer öffentlichen Kehraus-Aktion in Berlin.

Im März initiierte die internationale IPPNW einen medizinischen Appell an den russischen Präsidenten Medvedev und den US-Präsidenten Obama, „das atomare Zeitalter endgültig zu beenden.“ Den Brief unterzeichneten weltweit 300 Dekane, Leiter medizinischer Abteilungen, Nobelpreisträger, Gesundheitsminister und Redakteure von medizinischen Fachzeitschriften aus 38 Ländern.

Kurz darauf - im April 2009 - präsentierte Obama in der Prager Rede seine Vision einer atomwaffenfreien Welt. In den Debatten im deutschen Bundestag wurde deutlich, dass es eine parlamentarische Mehrheit für einen Atomwaffen-Abzug gibt. Doch die Koalition zwischen SPD und Union blockierte einen entsprechenden Beschluss. Daher setzte der Trägerkreis der Kampagne, die KandidatInnen im Wahlkampf unter Druck, sich im Falle einer Regierungsbeteiligung für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.

Ende April begann die Aktionsphase „ich wähle atomwaffenfrei“ mit einer öffentlichen Kehraus-Aktion in Berlin. Mehr als 4.000 Menschen schickten Kanzlerin Angela Merkel Postkarten mit der Ansprache „Angie, yes you can!“ und kündigten an, nur KandidatInnen zu wählen, die für ein atomwaffenfreies Deutschland eintreten. Eine Protestaktion vor der CDU-Zentrale am 1. September unterstrich diese Aussage.

Nach der Wahl startete die Briefaktion „Herr Westerwelle, wir zählen auf sie!“, mit der Guido Westerwelle an sein Wahlversprechen für umfassende Abrüstungsinitiativen erinnert werden sollte. Mit Hilfe der Bürgermeister für den Frieden übten die Atomwaffengegner während der Koalitionsverhandlungen massiven Druck aus.

Mit Erfolg: Schwarz-Gelb hat im Koalitionsvertrag vereinbart, sich bei der NATO für den Abzug der US-Atomwaffen einzusetzen. Damit haben wir ein wichtiges Etappenziel erreicht. Jetzt geht es bei der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages weiter: „next Stop. New York 2010“.



achten statt verachten:
Erster Teilerfolg

Die **Medizinische Versorgung von Papierlosen** wurde erleichtert. Die IPPNW hat sich in den letzten Jahren durch Konferenzen, Netzwerkarbeit, politischen Dialog im Rahmen ihrer Kampagne „**achten statt verachten**“ immer wieder für eine adäquate medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere eingesetzt. 2009 konnten wir einen ersten Teilerfolg erzielen. Die seit dem 31.10.2009 geltende Allgemeine Verwaltungsvorschrift (VerwV) zum Aufenthaltsgesetz (AufenthG) schafft Rechtssicherheit für Ärzte und medizinischen Personal und schränkt die Übermittlungspflicht maßgeblich ein. Nunmehr ist sicher gestellt, dass die Abrechnung der Behandlung nicht dazu führen dürfe, dass die Daten an die Ausländerbehörde weitergegeben werden.

Juni **BeHandeln statt verwalten** heißt die Kampagne zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung schutzbedürftiger Flüchtlinge. Menschen, die Folter und andere Formen schwerer psychischer und physischer Gewalt erlitten haben, Minderjährige, Behinderte, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende und bedürfen eines besonderen Schutzes. Der Anteil der traumatisierten Flüchtlinge in Deutschland, die in Deutschland besonders schutzbedürftig sind wird auf 40 % geschätzt. Damit sie mit den Folgen ihrer traumatischen Erlebnisse leben lernen, ist eine intensive und oft langfristige medizinische und psychotherapeutische Behandlung notwendig.



beHandeln statt verwalten:
Medizinische Versorgung schutzbedürftiger Flüchtlinge

Damit diese zwingende Verpflichtung des EU Rechts in Deutschland eingelöst wird, hat die IPPNW zusammen mit der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer eine Kampagne entwickelt. Ziel der Kampagne „beHandeln statt verwalten“ ist:

1. das frühzeitige Erkennen der körperlichen und seelischen Erkrankungen
2. der gesicherte und barrierefreien Zugang zu qualifizierter Behandlung.
3. eine interdisziplinäre Beratung und Begleitung.

Darüber hinaus ist die IPPNW aktiv vertreten im **Forum Menschenrechte** und arbeitet in der Koordination eines Parallelberichts zur Menschenrechtssituation in Deutschland an den UN-Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte mit.

Dezember Im Dezember hat die IPPNW Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler aufgefordert, von seinen Plänen Abstand zu nehmen, die **Leitung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG)** zugunsten einer pharmafreundlichen Führung auszutauschen. Damit werde der Einfluss der Pharmaindustrie auf das Gesundheitswesen weiter wachsen. Leider ohne Erfolg: Der Vertrag von Dr. Peter Sawicki wurde nicht verlängert. „Schwarz-Gelb betreibt erneut Klientelpolitik auf Kosten des Allgemeinwohls. Die Interessen von Patienten, Ärzten und Solidargemeinschaft werden auf dem Altar der Pharmaindustrie geopfert“, urteilt Dr. med. Dieter Lehmkühl, Vorstandsmitglied der IPPNW.



IQWiG:
Protest gegen Austausch der Leitung



Gesundheit à la card

Das Bündnis „Stoppt die E-Card“

Die IPPNW ist seit 2008 Mitglied des Bündnisses „Stoppt die E-Card“. Den Aufruf gegen die elektronische Gesundheitskarte haben bereits knapp 730.000 Bürger und Bürgerinnen unterzeichnet. Nach Ansicht von Bürgerrechtsorganisationen, Datenschützern, Patienten- und Ärzteverbänden stellt das Projekt E-Card einen Angriff auf das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung dar und verletzt die ärztliche Schweigepflicht. Denn langfristig sollen die gesamten medizinischen Daten der Patienten zentral vernetzt - außerhalb der Karte und außerhalb der Arztpraxis - gespeichert werden.

Auf ihrem Jahrestreffen in Berlin beschlossen die IPPNW-Ärzte eine Resolution zur Elektronischen Gesundheitskarte und appellierten an die Delegierten des 112. Ärztetages in Mainz, ihre Ablehnung der Elektronischen Gesundheitskarte in der bestehenden Form zu bekräftigen. Bei einer Pressekonferenz im April 2009 stimmten Vertreter von FDP und Linksfraktion mit dem Bündnis „Stoppt die E-Card“ überein, dass die Fortsetzung des Projekts verschoben

werden müsse, solange die Freiwilligkeit der Nutzung und die Sicherheit der Daten nicht garantiert seien.

Im August kritisierten IPPNW und Freie Ärzteschaft in einem Offenen Brief an den Präsident der Ärztekammer Nordrhein Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe und den Vorsitzenden der KV Nordrhein Dr. Leonhard Hansen den Stopp einer geplanten Anzeige im „Rheinischen Ärzteblatt“. Darin wollten IPPNW und Freie Ärzteschaft an die niedergelassene Ärzteschaft in Nordrhein appellieren, sich weiterhin keine E-Card-Lesegeräte anzuschaffen.

Nach der Bundestagswahl im September kündigte Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag zwar eine Überprüfung der Einführung der „elektronischen Gesundheitskarte“ an. Doch Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler will die weitere Verteilung der E-Card sicherstel-

len. So trugen Mitte Dezember Ärzte, Therapeuten und interessierte Bürger bei der Hamburger Veranstaltung „Die elektronische Gesundheitskarte oder: das Ende der Privatsphäre“ noch einmal alle Argumente gegen die E-Card zusammen.

Die IPPNW-Ärztin Silke Lüder, Sprecherin des Bündnisses, wies darauf hin, dass das Projekt allein im Jahr 2009 mit rund 760 Mill. Euro finanziert wurde, und zwar aus den Beiträgen der Versicherten zu ihren gesetzlichen Kranken-

kassen. Falls das Vorhaben denn doch im geplanten Ausmaß realisiert wird, rechnet die von der Betreiberorganisation Gematik beauftragte Wirtschaftsprüfungsfirma Booz-Allen-Hamilton mit Kosten bis zu 7 Mrd. Euro, die aus den Ressourcen der Gesundheitsversorgung zu einem wesentlichen Teil in die Kassen der Informatik-Industrie fließen würden.

Auf ihrem Jahrestreffen in Berlin beschlossen die IPPNW-Ärzte eine Resolution zur Elektronischen Gesundheitskarte und appellierten an die Delegierten des 112. Ärztetages in Mainz, die E-Card abzulehnen.



Article VI Forum:
Auf dem Weg zu einer
atomwaffenfreien Welt

Januar Nach über zehn Jahren hat die Zusammenarbeit mit „Middle Powers Initiative“ (MPI) in Deutschland Früchte getragen. Das deutsche Auswärtige Amt veranstaltete im Januar 2009 in Berlin unter dem Titel **Article VI Forum** gemeinsam mit MPI eine Diplomatenkonferenz. Bei der zweitägigen Konferenz ging es u.a. um die Nuklearwaffenkonvention als Instrument zur Abschaffung aller Atomwaffen. Vertreter aus über 30 Staaten nahmen teil.

Während des **Gazakrieges** forderte die internationale IPPNW eine umfassende und dauerhafte Waffenruhe. Nachdem bekannt geworden war, dass die israelische Armee Bomben mit Weißem Phosphor eingesetzt hat, sprach sich die IPPNW für ein Verbot dieser inhumanen Waffen aus.



Helsinki:
Target X - Aktion beim
IPPNW-Treffen

April IPPNW-Sektionen aus **Europa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten** trafen sich in Helsinki im April 2009. Das Thema nukleare Abrüstung stand bei den hoch interessanten Vorträgen am ersten Tag im Vordergrund. Am zweiten Tag wurden die gemeinsamen Themen für beide Regionen identifiziert und Pläne für gemeinsame Aktivitäten geschmiedet.

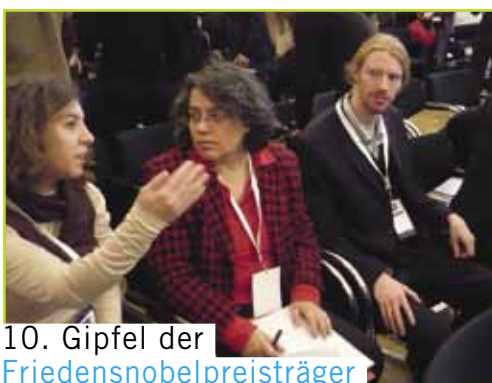
September Zum **25. Geburtstag vom IPPNW-Concerts** im September 2009 kam der IPPNW-Gründer **Bernard Lown** nach Deutschland. Auf dem Symposium „Prescription for Survival – Überlebens-Schritte“ in Berlin stellte er die deutsche Ausgabe seiner Biographie „Ein Leben für das Leben - Ein Arzt kämpft gegen den atomaren Wahnsinn“ vor. Hiroshimas Bürgermeister Tadatoshi Akiba schickte eine Grußbotschaft, in der er sagte: „Die IPPNW-Konzerte haben 25 Jahre lang einen bedeutenden Beitrag zum Weltfrieden geleistet“.

Die von der IPPNW ins Leben gerufene **internationale Kampagne für die Abschaffung aller Atomwaffen (ICAN)** hat sich weiter etabliert und 200 Partnerorganisationen gefunden. Mit einer noch schöneren Homepage und Präsenz in den neuen Medien wie Facebook, gewinnt das Thema immer mehr Attraktivität für jüngere Menschen. Aber auch in der Politik wird das Ziel einer Nuklearwaffenkonvention häufiger diskutiert und unterstützt – auch von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in seinem 5-Punkte-Plan vom Oktober 2009.



Bernard Lown in Berlin:
Prescription for survival

November Berlin hatte anlässlich des 20. Jahrestags der Fall der Mauer prominenten Besuch. Der **10. Gipfel der Friedensnobelpreisträger** fand am 10. und 11. November 2009 in der deutschen Hauptstadt statt. Eine Gruppe hochmotivierter IPPNW-Studierenden, die Ko-Präsidentin Vappu Taipele und unsere Abrüstungsreferentin Xanthe Hall nahmen an der Tagung teil. Gleichzeitig erreichte der Weltmarsch für Frieden und Gewaltfreiheit Berlin - auf seinem Weg durch Europa von Neuseeland nach Patagonien.



10. Gipfel der
Friedensnobelpreisträger



Engagiert!

Inhaltliche Auseinandersetzung und praktische Umsetzung

In ungefähr 25 Städten haben sich Medizinstudierende zu lokalen IPPNW-Gruppen zusammen geschlossen. Das Spektrum ihrer Aktivitäten reicht von regelmäßigen Treffen über die Organisation von Filmabenden, Diskussionen und Buchlesungen bis hin zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere. Dabei stehen sowohl die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen der IPPNW als auch die praktische Umsetzung dieses Wissens im studentischen und medizinischen Alltag im Vordergrund.

Die wichtigste gemeinsame Veranstaltung

für Studierende ist das jährliche Studententreffen, das dieses Jahr in Göttingen stattgefunden hat. Es war eine organisatorische Koproduktion der Göttinger und Hannoveraner Studentengruppen. Auf dem Programm standen zahlreiche Vorträge und Workshops zu wichtigen IPPNW-Themen wie dem **Nuclear Weapons Inheritance Project (NWIP)** und den Möglichkeiten der Erneuer-

baren Energien. Aber auch untypischere Themen wie zum Beispiel die Arbeit von Klinik-Clowns wurden vorgestellt. Die gemeinsame Abschlussaktion war eine Target X-Aktion auf dem Bahnhofvorplatz und ein Flashmob gegen die deutsche Beteiligung als nuklearer Schirmstaat der Nato. Auf diese Weise kamen wir am Ende des gemeinsamen Wochenendes aus unseren Tagungsräumen heraus, um die Öffentlichkeit mit unseren Themen anzusprechen.

Viele Studierende engagierten sich auch im vergangenen Jahr in den sogenannten **Medinetzen**, um me-

medizinische Hilfe für Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus zu ermöglichen. Neben der Unterstützung einzelner Patienten soll eine Sensibilisierung für dieses Thema in Politik und Öffentlichkeit erreicht werden. Diese Arbeit wurde auch im Jahr 2009 ausgezeichnet. So erhielt das Medinetz Mainz im Januar den Helmut-Simon-Preis der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz

und im Dezember den Brückenpreis der Staatskanzlei. Dem Medinetz Dresden wurde der Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen.

Die Studierendenzzeitung **amatom** hat sich in diesem Jahr den Schwerpunkt Mauern bzw. Grenzen und die Möglichkeiten ihrer Überwindung gesetzt. Ein wichtiger Bestandteil der Studierendenarbeit in der IPPNW ist zudem das Austauschprogramm **„famulieren & engagieren“**. Jedes Jahr haben bis zu zwölf Studierende die Möglichkeit, in einer Famulatur und einem Sozialprojekt ganz besondere Erfahrungen in einem der verschiedenen Projektländer zu sammeln. Viele Studierende werden durch dieses Programm auf die IPPNW aufmerksam und engagieren sich auch noch lange darüber hinaus in der Studierendenarbeit.

Für diese Projekte ist die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle und Vereinsmitgliedern unerlässlich. Wir möchten uns auch in diesem Jahr herzlich dafür bedanken und hoffen auf eine weitere fruchtbare gemeinsame Arbeit.

BILANZ zum 31. Dezember 2009

Aktiva	2009	2008	Passiva	2009	2008
	EUR	EUR		EUR	EUR
Anlagevermögen			Eigenkapital		
Grundstücke u. Gebäude	1,00	1,00	Kapitalrücklage	50.382,61	50.382,61
Umlaufvermögen			satzungsmäßige Rücklagen:		
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände			Instandhaltung Haus Stade	31.156,62	20.000,00
sonstige Forderungen	9.355,70	6.799,45	Betriebsmittelrücklage	85.776,81	71.048,81
Kassen- u. Bankguthaben	366.934,79	265.138,25	Irak Kinderhilfe	12.082,15	45.489,46
			Klage Biblis	39.230,21	40.000,00
			Öffentlichkeitsarbeit Biblis	4.840,89	5.000,00
			Rücklage aus Tschernobylbrief	27.276,80	0,00
			KSZMNO	13.900,00	0,00
			sonst. Rücklagen kleinere Projekte	<u>9.005,95</u>	<u>2.862,62</u>
				223.269,43	184.400,89
			Jahresüberschuss	70.105,19	0,00
			Summe Eigenkapital	<u>343.757,23</u>	<u>234.783,50</u>
			Rückstellungen		
			sonstige Rückstellungen	4.050,00	0,00
			Verbindlichkeiten		
			Verbindlichkeit. g. Kreditinstitute	0,00	15,00
			sonstige Verbindlichkeiten	28.484,26	37.140,20
				<u>28.484,26</u>	<u>37.155,20</u>
				<u>376.291,49</u>	<u>271.938,70</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

Einnahmen	2009	2008	Ausgaben	2009	2008
	EUR	EUR		EUR	EUR
Ideeller Bereich:			Ideeller Bereich:		
Beiträge	683.547,62	703.243,84	Gehälter u. soziale Aufwendungen	447.301,82	429.100,15
freie Spenden	130.149,59	128.361,12	Honorare und Fortbildungen	52.196,60	43.941,81
Spenden mit Zweckbindung	195.243,35	144.548,28	Kampagnen u. Unterstützungen	86.071,15	110.941,18
Zuschüsse mit Zweckbindung	38.266,17	33.083,58	Kinderhilfe Irak	54.115,05	14.010,26
Veranstaltungen	12.919,13	38.745,40	Druckkosten	127.750,60	82.225,57
Nachlässe und Vereinsauflösung	30.000,00	0,00	Kommunikationskosten	92.710,17	76.902,99
Vermögensverwaltung			Raumkosten	67.675,60	60.021,82
Vermögenserträge (Zinsen/Miete)	16.662,47	23.190,95	Reisekosten	68.169,40	70.442,38
Erträge aus Zweckbetrieb	61.869,76	10.016,63	Recht, Beratung, Buchhaltung, Prüfung	20.404,93	96.381,56
wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	7.817,05	6.898,37	sonstige Kosten	42.501,28	52.753,73
Verbrauch/Auflösung v. Rücklagen	57.119,64	63.905,26	Vermögensverwaltung		
Einnahmen gesamt	<u>1.233.594,78</u>	<u>1.151.993,43</u>	Vermögensaufwendungen	249,69	32.572,34
			Aufwendg. wirtschaftl. Geschäftsbetrieb	8.355,12	0,00
			Zuführungen zu Rücklagen	95.988,18	82.699,64
			Ausgaben gesamt	<u>1.163.489,59</u>	<u>1.151.993,43</u>
			Jahresüberschuss 2009	<u>70.105,19</u>	<u>0,00</u>

Die Differenzen zwischen 2008 und 2009 einzelner Posten der Gewinn- und Verlustrechnung weichen teilweise durch veränderte Verbuchungen 2009 vom Vorjahr ab.

Der Jahresabschluss 2009 wird auch in diesem Jahr durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Zum Zeitpunkt der Drucklegung war die Prüfung noch nicht abgeschlossen. „Nach dem gegenwärtigen Stand meiner Prüfung ergeben sich keine Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und der Geschäftsführung. Ich werde die Prüfung voraussichtlich mit der Erteilung einer uneingeschränkten Bescheinigung abschließen können“.
Stuttgart, 04.03.2010 Detlef Siebeck, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

ERLÄUTERUNG zur Gewinn- und Verlustrechnung 2009

	EUR
Verwaltung	
Personalkosten	77.238,31
sonstige Kosten	106.303,65
	<u>183.541,96</u>

Rücklagenverbuchungen	<u>95.988,18</u>
------------------------------	-------------------------

	EUR
Verein	
Personalkosten	122.828,50
VS-Sitzg/MV/Jahrestreffen	31.213,43
Regionalgruppenarbeit	21.289,98
f&e / Studierendearbeit /junge IPPNW	20.606,66
Biografie B. Lown/25 Jahre IPPNW Concerts	34.576,04
sonstige Kosten	27.369,38
Kosten Tschernobylanzeige	35.677,71
	<u>293.561,70</u>

	EUR
Öffentlichkeitsarbeit	
Personalkosten	85.596,66
IPPNW Forum	43.656,22
sonstige Kosten	8.591,19
	<u>137.844,07</u>

	EUR
Internationale Kooperationsprojekte	
Personalkosten	16.700,87
Nuclear Weapons Inheritance Project	4.673,98
KSZMNO	711,07
Re-Cap	2.000,00
World Congress /European Regional Meeting	3.021,43
International Fund	4.000,00
Beitrag Boston/IPPNW international	20.509,11
Nuclear Future Award	2.787,98
ICAN	1.997,86
Article VI Forum	31.214,96
sonstige Projekte	625,99
	<u>88.243,25</u>

Einnahmen:

Obwohl die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gegenüber dem Vorjahr um ca. 20.000 Euro gesunken sind, konnten durch eine Steigerung der zweckgebundenen Spenden und Zuwendungen die Einnahmen insgesamt um 81.601,35 Euro (7,1%) gesteigert werden.

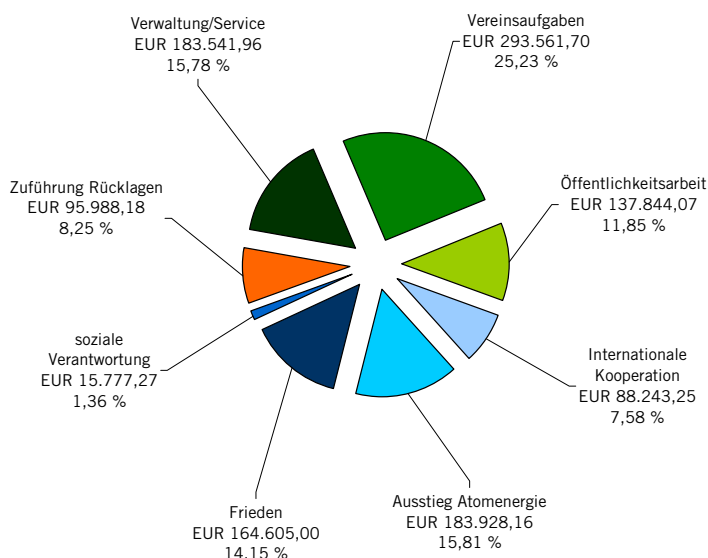
Ausgaben:

Die Ausgaben lagen 2009 mit 1.163.489,59 in etwa auf Vorjahresniveau, so dass der Verein 2009 nach Rücklagenverbuchungen mit einem Überschuss von 70.105,19 Euro abschließt. Der Überschuss wird laut Vorstandsbeschluss für den Ausgleich des Haushalts 2010 verwendet.

Mitgliederentwicklung

	31.12.2009	31.12.2008
Mitglieder		
Ärzte/Ärztinnen	5.688	5.732
Studierende	624	514
Fördernde Mitglieder	367	358
Insgesamt	<u>6.569</u>	<u>6.714</u>

Kostenaufteilung 2009 nach Projekten



Kampagnen

EUR

Ausstieg aus der Atomenergie

Personalkosten	76.091,51
AK Atomenergie / Sachkosten Atomreferent	5.070,87
Stromwechsel	1.266,00
Biblis -ÖA / - Klage	2.500,56
Kinderkrebsstudie	3.597,35
Kampagne „Unsere Energie“	86.770,67
sonstige Projekte (Demo 5.9./Ausstiegsanzeige)	8.631,20
	<u>183.928,16</u>

Frieden

Personalkosten	61.047,92
Trägerkreis Atomwaffen abschaffen	14.924,63
Kampagne „Unsere Zukunft atomwaffenfrei“	1.121,14
sonst. Projekte Atomwaffen (Internet A-Z / DU-Munition)	719,20
Deutschland - . Türkei - Kurdistan	2.794,80
„Nein zur Nato“	1.137,73
Afghanistan: Konferenz Hannover	2.060,66
Irakkinderhilfe	64.565,54
KOPI / Israel-Palästina /med. Hilfe für Gaza	2.341,90
Friedensfilmpreis	1.707,01
AK Süd/ Nord / u. Bali-Spende	7.150,12
Friedensbewegung stärken	2.380,85
sonst. Projekte/Kooperationen (Förderg. Friedensfähigk.)	2.653,50
	<u>164.605,00</u>

soziale Verantwortung

Personalkosten	7.798,05
Medizin und Gewissen / AK	212,72
AK Flüchtlinge u. Asyl/ Tag,Trauma u. Gewalt	3.139,75
Kampagne „Achten statt verachten“	1.021,44
Elektronische Gesundheitskarte	2.393,81
Forum Menschenrechte	1.211,50
	<u>15.777,27</u>

Arbeitskreise

AK Atomenergie

mischt sich in die öffentliche Debatte um die Energiepolitik ein, engagiert sich für einen Atomausstieg und für die Energiewende hin zu 100 % Erneuerbaren Energien, klagt vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof auf Stilllegung des Atomkraftwerksblocks Biblis B, weist auf Gesundheitsgefahren und Sicherheitsrisiken der Atomenergie hin und verlangt die erforderliche Risikovorsorge zur Vermeidung von Kinderkrebs um Atomkraftwerke.
Henrik Paulitz, +32-2-230 75 77
IPPNW-Energie-Büro Brüssel
Email: paulitz@ippnw.de

AK Flüchtlinge

Erfahrungsaustausch über die Arbeit mit Flüchtlingen, Kampagnenarbeit für die medizinische Versorgung von besonders schützbedürftigen Flüchtlingen und Menschen ohne Papiere. Vertretung der IPPNW im Forum Menschenrechte.
Frank Uhe, 030/698074-10
Email: uhe@ippnw.de

Arbeitskreis Süd-Nord

Der AK bearbeitet das Thema „Root Causes of Conflicts in the Age of Total Market“. Ferner geht es um die Rolle Deutschlands in den Konflikten der Welt. Bleibende Themen sind militärische „humanitäre Inter-

ventionen“, „Anti-Terror-Kriege“ und Alternativen zu einer neoliberalen Politik, die zu Spaltung von Staaten und Gesellschaften, zu Kriegen und Umweltzerstörungen führt.
Manfred Lotze, 040/ 221704
E-Mail: manfred.lotze@web.de

AK Medizin und Gewissen

Arbeit an Themen der Medizinethik. 2010 mit den Themen „Vorgeburtliche Diagnostik, Beratung und Spätabbrüche“, „Ethische Fragen zu Suizid und ärztlich assistiertem Suizid“ und „Korruption im Gesundheitswesen.“
Ivonne Johann, 0681-37200178
E-Mail: ivonne.johann@web.de

Vorstand

Dr. Angelika Claußen (Vorsitzende)

Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, Bielefeld

Matthias Jochheim

(stellvertretender Vorsitzender)

Arzt für Allgemeinmedizin, Psychotherapeut, Frankfurt a.M.

Christoph Krämer (Beisitzer)

Chirurg im Krankenhaus, Helmstedt

Dr. med. Sabine Farrouh (Schatzmeisterin)

Ärztin für Anästhesie und Palliativmedizin i.R., Offenbach

Malte Andre

Medizinstudent, Marburg

Dr. med. Dieter Lehmkühl

Facharzt für Psychiatrie/Neurologie und Psychoanalytiker, Berlin

Esther Tautz

Medizinstudentin, Freiburg

Reinhold Thiel

Arzt für Allgemeinmedizin, Ulm

Dr. med. Helmut Lohrer

(International Councillor)
Arzt für Allgemeinmedizin, Villingen-Schwenningen

Dr. med. Eva-Maria Schwienhorst

(stellv. International Councillor)
Frankfurt

Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Chefarzt für Innere Medizin i.R., Frankfurt

Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter

Psychiater und Psychoanalytiker i.R., Gießen

Geschäftsstelle

Frank Uhe

Vereinsmanagement, Geschäftsstellenleitung
uhe@ippnw.de, 030/ 698074 -10

Ulla Gorges

Sekretariat, Friedensfilmpreis, Mitgliederbetreuung, f&e
gorges@ippnw.de, 030/ 698074 -17

Xanthe Hall

Koordination der politisch-strategischen Arbeit, Internationales, Frieden, Atomwaffen
xanthe@ippnw.de, 030/ 698074 -12

Henrik Paulitz

Atomenergie, Energiewende
IPPNW Energie-Büro Brüssel
paulitz@ippnw.de, +32-2-23075 77

Dr. Jens-Peter Steffen

Frieden, Fundraising
steffen@ippnw.de, 030/ 698074 -13

Ewald Feige

Logistik und Finanzen, Atomenergie, Studierendenarbeit
feige@ippnw.de, 030 / 698074 -11

Angelika Wilmen

Pressesprecherin, Koordinatorin der Öffentlichkeitsarbeit
wilmen@ippnw.de, 030/ 698074 -15

Anne Tritschler

Assistentin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
tritschler@ippnw.de, 030/698074 -14

Pia Heuer

Finanzreferentin
heuer@ippnw.de, 030 / 698074 -18

IPPNW Central Office

66-70 Union Square, #204
Somerville, MA 02143 USA
E-Mail: ippnwbos@ippnw.org
www.ippnw.org

IPPNW Europa

www.ippnw.eu
www.ippnw-europe.org

Regionalgruppen im Internet

IPPNW Frankfurt: www.ippnw-ffm.de
IPPNW Hamburg: www.ippnw-hamburg.de
IPPNW Nürnberg:
www.ippnw-nuernberg.de
IPPNW Freiburg: www.ippnw-freiburg.de
Ulmer Ärzteinitiative: www.ippnw-ulm.de

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

Körtestr. 10, 10967 Berlin,

Telefon 030/69 80 74-0,

Telefax 030/693 81 66

ippnw@ippnw.de - www.ippnw.de

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
Berlin, Konto 22 22 210, BLZ 100 205 00

Mitarbeit: Ewald Feige, Ulla Gorges, Xanthe Hall, Henrik Paulitz, Jens-Peter Steffen, Pia Heuer, Frank Uhe, Svea Kleiner, Annkathrin Koepke

Redaktion: Angelika Wilmen

Gestaltung: Anne Tritschler

Papier: PlanoArt, FSC-Recyclingpapier

Druck: H&P, Berlin